



Demo-Chaoten zur Kasse!

Ja zur Anti- Chaoten-Initiative

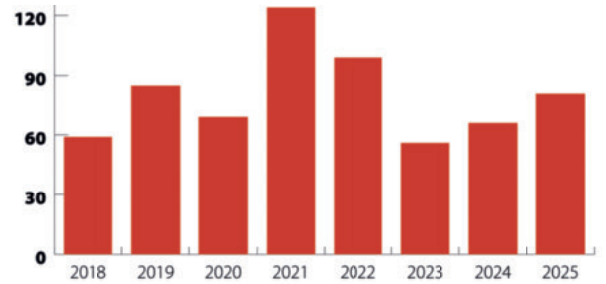
Volksabstimmung vom 27.09.2026

Komitee «JA zur Durchsetzung von Recht und Ordnung – NEIN zum Chaotentum», c/o SVP Basel-Stadt, 4000 Basel

Basel und sein Demo-Problem

Demonstrieren gehört zur Demokratie. Doch in Basel enden unbewilligte Demos immer öfter im Chaos: blockierte Strassen und Tramlinien, stillstehender Verkehr, zerschlagene Schaufenster, versprayte Fassaden. Polizei und Rettungskräfte müssen immer wieder mit Grossaufgeboten ausrücken – unter erheblichem Risiko.

Den Schaden tragen Bevölkerung, Gewerbe und Steuerzahler: zerstörtes Eigentum, entgangener Umsatz, hohe Polizeikosten. Die Verursacher zahlen nichts. Das ist unhaltbar!



Quelle: Demo-Statistik Kantonspolizei BS

639 unbewilligte Demos in Basel-Stadt seit 2018

Gewerbe und Steuerzahler zahlen

Der Regierungsrat bestätigt schriftlich: Polizeikosten bei Demonstrationen werden nicht verrechnet. Selbst bei zehn konkret angefragten Fällen zwischen 2018 und 2025 nennt er keinen einzigen Fall, bei dem die Verursacher hätten bezahlen müssen.*

Statt Chaoten zur Kasse zu bitten, zahlen das Gewerbe und die Steuerzahler die ganze Rechnung. Das ist unfair!

** Quelle: Antwort des Regierungsrats Basel-Stadt auf die Interpellation Messerli (SVP) vom 3. März 2026*



0x haben Verursacher für die Schäden bezahlt!

Innenstadt leidet unter den Chaoten

Von Demo-Krawallen besonders betroffen ist die Innenstadt – und der für Gewerbe und Gastronomie wichtige Samstag. Allein zwischen 2022 und 2025 fanden dort 49 unbewilligte Demos an einem Samstagnachmittag statt.

Für Ladenbesitzer und normale Bürger bedeutet das Unsicherheit und Ärger. Blockierte Strassen und Tramlinien machen die Innenstadt schlecht erreichbar und führen zu hohen Einbussen – Kundschaft bleibt aus, Umsätze brechen weg.



49 unbewilligte Demos am Samstagnachmittag

Wer randaliert, soll zahlen!

Wer an einer Demonstration Gewalt gegen Personen oder Sachen ausübt, soll für die verursachten Polizeikosten und Schäden geradestehen – und nicht länger die Allgemeinheit dafür aufkommen lassen. Das gilt auch für Störer, die eine unbewilligte Demo anführen oder eine andere Kundgebung widerrechtlich sabotieren.

Das Verursacherprinzip ist einfach und fair und gilt in unserem Alltag längst überall: Wer den Schaden verursacht, bezahlt ihn!



Friedliches Demonstrieren bleibt ein Grundrecht

Die Initiative richtet sich nicht gegen Bürger, die friedlich ihre Meinung äussern – Demonstrations- und Meinungsfreiheit bleiben als wichtige Grundrechte selbstverständlich gesichert.

Im Gegenteil: **Gerade friedliche Demonstranten profitieren, wenn Gewalttäter nicht länger ein ganzes Anliegen mit Krawallen und Chaos in Sippenhaft nehmen.**



Endlich ein Konzept gegen unbewilligte Demos

Die Initiative verpflichtet den Regierungsrat, ein Konzept gegen unbewilligte Demonstrationen zu erarbeiten und regelmässig über den Erfolg zu berichten. So wird die Regierung erstmals an klaren Resultaten gemessen. Bisher blieb es leider bei unverbindlichen Absichtserklärungen, während die Probleme nicht gelöst wurden.

Das schützt am Ende alle: Gewerbe, Gastronomie und Anwohner – und es sorgt für ein friedliches Zusammenleben mit sicherer und erreichbarer Innenstadt.



Chaoten randalieren und die Allgemeinheit zahlt? **Schluss damit!**



«Wer randaliert und Kosten verursacht, soll dafür geradestehen – und nicht die Steuerzahler.»

Demi Hablützel Vizepräsidentin SVP Basel-Stadt



«Friedlich demonstrieren ist ein Grundrecht. Gewalt und Sachbeschädigungen sind es nicht.»

Pascal Messerli Grossrat, Parteipräsident SVP Basel-Stadt



«Unser Gewerbe schafft Arbeitsplätze und belebt Basel. Wir dürfen nicht zulassen, dass Chaoten Geschäfte blockieren und am Ende die Allgemeinheit die Rechnung bezahlt.»

Hansjörg Wilde Präsident Gewerbeverband Basel-Stadt



«Das Basler Gastgewerbe braucht Gäste statt Chaos. Es ist Zeit, endlich ernsthaft gegen unbewilligte Demonstrationen und Krawalle vorzugehen.»

Maurus Ebnetter Präsident Wirteverband Basel-Stadt



«Unsere Polizistinnen und Polizisten halten für unsere Sicherheit den Kopf hin. Wer sie angreift, muss die Konsequenzen tragen.»

Felix Wehrli Grossrat SVP und ehem. Polizeibeamter



«Basel muss für Einheimische und Gäste erreichbar bleiben – statt immer wieder durch unbewilligte Demos lahmgelegt zu werden.»

Andreas Kurz Inhaber Piadina-Stand am Marktplatz



**Aus all diesen Gründen:
Stimmen Sie am 27. September 2026**

Ja zur **Anti-Chaoten-Initiative**